

Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 Abs. 1 und 7 BauGB)

§ 1 Geltungsbereich

Der räumliche Geltungsbereich der 3. Änderung umfasst den Geltungsbereich des Ursprungsplans inklusive dessen § 13 BauGB beschlossen.
06.03.1995), den Bebauungsplan Nr. 78 in der Fassung der 1. Änderung (Rechtskraft: 30.11.1995) sowie den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 3 (Rechtskraft: 20.01.2011) überplanten Bereiche. Der Geltungsbereich ist in der Übersichtskarte dargestellt.

§ 2 Zulässigkeit von Vergnügungsstätten und ähnlichen Betrieben

Die textliche Festsetzung Nr. 1.3 des Ursprungsplans wird wie folgt neu gefasst:

- (1) In den festgesetzten Misch- und Kerngebieten wird die Zulässigkeit von Vergnügungsstätten gemäß § 1 Abs. 9 BauNVO eingeschränkt.

Nicht zulässig sind

1. Nachtlokale leglicher Art, Vorfahrts- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet ist.
2. Spiel- und Automatenhallen.
3. Swinger-Clubs,
4. Wettkinos, soweit sie als Vergnügungsstätten zu beurteilen sind.

(2) Vergnügungsstätten, welche nicht unter Absatz 1 fallen, sind nur ausnahmsweise zulässig.

(3) In den festgesetzten Misch- und Kerngebieten sind Bordelle und bordellartige Betriebe gemäß § 1 Abs. 9 BauGB ausgeschlossen.

Die textlichen Festsetzungen der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 a werden wie folgt ergänzt:

(1) Im festgesetzten Mischgebiet (M1) wird die Zulässigkeit von Vergnügungsstätten gemäß § 1 Abs. 9 BauNVO eingeschränkt.

Nicht zulässig sind

1. Nachtlokale leglicher Art, Vorfahrts- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet ist.
2. Spiel- und Automatenhallen.
3. Swinger-Clubs,
4. Wettkinos, soweit sie als Vergnügungsstätten zu beurteilen sind.

(2) Vergnügungsstätten, welche nicht unter Absatz 1 fallen, sind nur ausnahmsweise zulässig.

(3) Im festgesetzten Mischgebiet (M1) sind Bordelle und bordellartige Betriebe gem. § 1 Abs. 9 BauNVO ausgeschlossen.

Hinweis

Baudenkmalsschutz

Nach Auskunft des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege im Rheinland ist im gesamten historischen Ortskern mit im Untergrund erhaltenen Zeugnissen der Besiedlung und Geschichte des Ortes zu rechnen.

Auf die §§ 15 und 16 Denkmalschutzgesetz NRW wird verwiesen.

Bei Aufentfern archäologischer Bodenfunde oder Befunde ist die Stadt Radevormwald als Untere Denkmalbehörde oder das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Overath, Gut Eichthal, An der B 484, 51491 Overath, Telefon 02206/9030-0, Telefax 02206/903022 unverzüglich zu informieren.

Bodenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des Rheinischen Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.

(Die Ergänzung erfolgte nach der Offenlage)

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20.11.2014 (BGBl. I S. 748).

Baunutzungsverordnung (BauNVO) vom 15.05.1977 (BGBl. I S. 1763), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.07.2013 (BGBl. I S. 1548).

Flanzeichenverordnung (PlanZ) vom 18.12.1990 (BGBl. 1991, S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509, 1510f).

Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (BAO NRW) vom 01.03.2000 (GV. NRW. S. 256), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20.05.2014 (GV. NRW. S. 294).

Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 03.02.2015 (GV. NRW. S. 208).

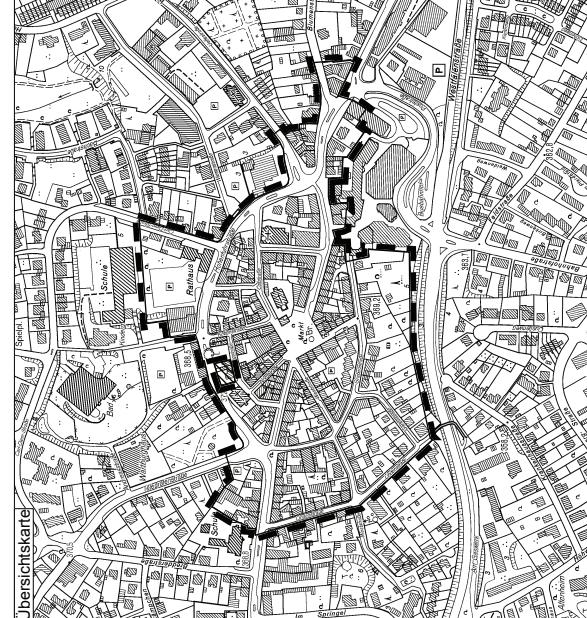


Bebauungsplan 42 a

Stadt Radevormwald

Fachbereich Stadtplanung und Umwelt

3. Änderung



Aufstellungsbeschluss

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt hat am 29.01.2015 die Aufstellung der 3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42 a - Stadt kern - im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB beschlossen.

Der Aufstellungsbeschluss wurde gemäß § 2 Abs. 1 BauGB am 02.02.2015 offiziell bekannt gemacht.

Radevormwald, den

Der Bürgermeister

Öffentliche Auslegung des Planentwurfs

Der Bebauungsplangentwurf wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB vom 18.02.2015 bis 20.03.2015 öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung wurde am 02.02.2015 offiziell bekannt gemacht.

Zum Bebauungsplan und der Begründung wurden von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 2 Abs. 2 BauGB sowie den Nachbargemeinden dem § 2 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom 30.01.2015 bis 13.03.2015 Stellungnahmen eingeholt.

Radevormwald, den

Der Bürgermeister

Satzungsbeschluss

Dieser Bebauungsplan ist gemäß § 10 Abs. 1 BauGB vom Rat der Stadt am _____ als Satzung beschlossen worden.

Radevormwald, den

Der Bürgermeister

Ausfertigung und Inkrafttreten des Bebauungsplanes

Der Bebauungsplan wurde am _____ ausgefertigt und ist durch ortsbürtige Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses gemäß § 10 Abs. 3 BauGB am _____ in Kraft getreten.

Radevormwald, den

Der Bürgermeister

Für die Entwurfsbearbeitung

Stadt Radevormwald
Der Bürgermeister
Fachbereich Stadtplanung und Umwelt
Radevormwald, den
Im Auftrag

Verfahrensstand: Satzungsbeschluss

Bearbeitungsstand: 01.04.2015

Technische Dezernentin